

KOALITION

Streit um Kohlehilfen

Nach ihrer Niederlage im Koalitionsstreit um den Emissionshandel wollen die Grünen bei den ebenfalls heftig umkämpften Steinkohle-Subventionen hart bleiben. Die für die Jahre 2006 bis 2012 ausgehandelten Beihilfen in zweistelliger Milliardenhöhe sollen im Haushaltsausschuss des Bundestags nur freigegeben werden, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Erstens, so Fraktionsvize Reinhard Loske, möchten die Grünen erreichen, dass sich unter den Zechen, deren Schließung der Essener RAG-Konzern Mitte Mai bekannt geben will, die Standorte mit den potenziell größten ökologischen und ökonomischen Folgekosten befinden. Ganz oben auf ihrer Abschlusliste steht die Duisburger Zeche Walsum. Zweitens sollen in der Vergangenheit bereitgestellte, aber dann nicht komplett abgerufene Subventionen in Höhe von fast 1,4 Milliarden Euro in die vom Bund ab 2006 zugesagten Beihilfen einfließen. Drittens wollen die Grünen erreichen, dass vor einer Freigabe der entsprechenden Haushaltstitel genau festgelegt wird, wer nach Schließung der Zechen für die „Ewigkeitskosten“ aufkommt. Gemeint sind damit Pensionsverpflichtungen sowie Mittel zur Behebung von Bergschäden und für das Abpumpen des Grundwassers, das auch nach dem Ende der Kohleförderung unerlässlich ist, um umliegende Siedlungen vor dem Absaufen zu bewahren.



Kohlenhalde vor dem Bergwerk Walsum (Duisburg)

AUSBILDUNG

Müntefering lädt zum Gipfel

SPD-Chef Franz Müntefering will bei seinem Ausbildungsgipfel nach Möglichkeiten suchen, das Lehrstellenproblem doch noch ohne gesetzliche Regelung zu lösen. Teilnehmen sollen an dem Treffen neben führenden Gewerkschaftern wie DGB-Chef Michael Sommer auch die Chefs der Spitzenverbände der Wirtschaft sowie die Frankfurter Städtetagspräsidentin Petra Roth (CDU). In einem Einladungsbrief schlägt Müntefering vor, eine „konzertierte Aktion“ für mehr Ausbildungsplätze zu beschließen. Unter anderem solle über „freiwillige, tarifvertragliche Lösungen“ und „überbetriebliche Ausbildungsverbände“ beraten werden. Wann das Gespräch stattfinden soll, steht noch nicht fest. Der SPD-Chef gerät jedoch unter Zeitdruck: Anfang Mai will er die umstrittene Ausbildungsplatzumlage im Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition verabschieden lassen. Im Bundesrat droht Müntefering allerdings eine empfindliche Niederlage – selbst SPD-Länder wollen das Gesetz zurückweisen.

DDR-VERMÖGEN

Millionen für Eichel

Fast 14 Jahre nach der Wiedervereinigung kann Finanzminister Hans Eichel (SPD) darauf hoffen, dass bis 2005 etwa 375 Millionen Euro aus beiseite geschafftem früherem DDR-Vermögen der Bundeskasse zugute kommen.

Bereits Mitte dieser Woche wurden nach einer österreichischen Gerichtsentscheidung knapp 150 Millionen Euro von der Schoellerbank in Wien überwiesen, die hier für die ehemalige Ost-Berliner Tarnfirma F. C. Gerlach gebunkert waren – einem Unternehmen, das einst der ominösen Valuta-Behörde „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) des Honecker-Staatssekretärs Alexander Schalck-Golodkowski zugerechnet wurde. Weitere 225 Millionen Euro der Ex-SED-Firma Novum liegen auf einem schweizerischen Konto oder sind bereits in der Bundesrepublik arretiert. Dass auch dieses Vermögen herausgegeben wird, gilt unter Juristen nach einem Spruch des Obergerichtsbereichs Berlin als sicher. Die OVG-



Schalck-Golodkowski

Richter hatten ebenso wie Österreichs Oberster Gerichtshof erklärt, die Millionen gehörten dem Bund als Rechtsnachfolger der DDR. Experten schätzen, dass noch mindestens eine halbe Milliarde Euro aus KoKo- oder SED-Vermögen auf Bankkonten in Liechtenstein, Luxemburg, Ungarn, Österreich und der Schweiz deponiert sind.

Nachgefragt

Daumen hoch

„Vom 30. September an wollen amerikanische Behörden auch von deutschen Reisenden bei der Einreise in die USA Fingerabdrücke und ein Foto nehmen. Haben Sie dafür Verständnis?“

Ja

65%

Nein

32%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 5. und 6. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe